

# Ohne Sicherheit keine Freiheit

Baselbiet | Bundesrätin Viola Amherd am Pfeffinger Forum

Wichtig sei es, mögliche Konflikte frühzeitig zu erkennen. Dies betonte Bundesrätin Viola Amherd am 32. Pfeffinger Forum. Vor 500 Zuhörerinnen und Zuhörern sprach sie über die Sicherheitspolitik der Schweiz und zur Wehrpflicht von Frauen.

Thomas Immoos

Mit warmem Applaus begrüßte das Publikum Bundesrätin Viola Amherd (Mitte) in der Mehrzweckhalle in Pfeffingen. Sie war Hauptreferentin am 32. Pfeffinger Forum. Wegen Corona hatte diese traditionsreiche Veranstaltung zweimal verschoben werden müssen. Angesichts der aktuellen Weltlage sei das bereits vor drei Jahren festgelegte Thema «Sichere Schweiz – erfolgreiche Schweiz» überaus aktuell, betonte Paul Schär, der Initiator des Anlasses, dessen Einladungen in den vergangenen 30 Jahren 18 Bundesrätinnen und Bundesräte Folge geleistet hatten.

Bundesrätin Viola Amherd betonte die Wichtigkeit der Sicherheit: «Sicherheit ist nicht alles; aber ohne Sicherheit ist alles nichts.» Gerade der Ukraine-Krieg zeige, dass Sicherheit nicht naturgegeben sei. Das VBS habe einen Bericht in Auftrag gegeben, um abzuklären, ob es in der Sicherheitspolitik eine Priorisierung und mehr Tempo brauche. Auch wenn der Bericht noch nicht vorliege, so sei doch schon jetzt klar, dass die Schweizer Sicherheitspolitik stimme. Bewährt habe sich vor allem die Kooperation mit der Nato und der EU, deren Mitgliedsländer die gleichen Werte wie



Die Schweiz, so Bundesrätin Viola Amherd, sei für ihre Sicherheit auf die Zusammenarbeit mit Europa angewiesen. Befragt wurde sie von Paul Schär, dem Gründer des Pfeffinger Forums. Bild Thomas Immoos

die Schweiz vertreten: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus.

## Konfliktkrisen früh erkennen

Eines der Hauptziele der Landesregierung in diesem Bereich müsse die Früherkennung von Konflikten und Risiken sein. Weitere Ziele seien der Ausbau der internationalen Zusammenarbeit, die Bekämpfung der Cyber-Kriminalität, die Sicherung der Versorgung, der Katastrophenschutz und das Krisenmanagement. «Die Schweiz kann sich nicht alleine ver-

teidigen», betonte die Verteidigungsministerin. Es brauche eine stärkere Kooperation in Europa, die Schweiz sei auf eine gute Zusammenarbeit angewiesen. Man müsse die Verteidigung gemeinsam mit anderen Staaten organisieren. Man könne die Verteidigung des Landes aber nicht einfach delegieren – die Schweiz müsse eigene Anstrengungen unternehmen, um ihren Beitrag dazu zu leisten: «Wir müssen bereit sein, in unsere Sicherheit zu investieren», betont Amherd weiter.

In einer Fragerunde mit Paul Schär wies die Bundesrätin darauf hin, dass mehrere europäische Länder sich für den Kampfjet F35 ausgesprochen hätten. Und was die Zusammenarbeit mit Europa angehe, so seien Anlässe wie das WEF in Davos oder der Uno-Sitz in Genf ohne sie gar nicht möglich. Auch in Sachen Cyberkriminalität sei diese Kooperation sehr hilfreich.

## Frauen in der Armee

Zur Frauenförderung sagte sie, dass sich der Anteil der Frauen in der Ar-

mee in den vergangenen Jahren von 0,7 Prozent auf 1,4 Prozent verdoppelt habe. Amherd ist überzeugt, dass gemischte Teams bessere Ergebnisse bringen. Zudem böte die Armee für Frauen gute Ausbildungsmöglichkeiten, die ihnen auch im Berufsleben zugutekämen. Allerdings habe eine allgemeine Wehrpflicht für Frauen derzeit keine Priorität, zumal es dafür eine Verfassungsänderung bräuchte.

Im Anschluss an den Auftritt Amherds diskutierten fünf Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier über sicherheitspolitische Fragen. Es waren dies, unter der Moderation von Urs Steiner (Laufen), die Nationalrätinnen Marionna Schlatter (Grüne, ZH), Franziska Roth (SP, SO), die Nationalräte Thomas Rechsteiner (Mitte, AI) und Thierry Burkart (FDP, AG) sowie Ständerat und Bundesratskandidat Werner Salzmann (SVP, BE). Einig war man sich darin, dass für die Schweiz keine akute Bedrohung besteht. Allerdings müsse man die Unabhängigkeit bei der Energieversorgung stärken, so der Tenor der Diskussion.

In ihrem Grusswort hatte die Baselter Regierungspräsidentin Kathrin Schweizer (SP) auf die Bedeutung der Sicherheit hingewiesen. Denn die Sicherheit beuge der sozialen Unrast vor. Wichtig sei aber auch, dass alle Menschen ihre Verantwortung wahrnehmen und Solidarität pflegen. Als Präsidentin der Basler Handelskammer betonte auch Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Mitte) die Bedeutung der Zusammenarbeit innerhalb Europas: «Die Schweiz sollte ihr Verhältnis zur EU überdenken», hielt sie fest.

# «Steuerreform stärkt das Baselbiet»

Liestal | Bürgerliches Komitee steigt in den Abstimmungskampf ein

Geschlossen treten die bürgerliche Parteien für die Vermögenssteuerreform ein. An einer Medienorientierung in Liestal präsentierten Vertreter von SVP, FDP und Mitte ihre Gründe für ein Ja zur Vorlage, über die am 27. November abgestimmt wird.

Thomas Immoos

Gemeinsam für ein Ja zur kantonalen Vermögenssteuerreform kämpfen die drei bürgerlichen Parteien FDP, SVP und die Mitte. Deren Vertreter betonten, dass es bei dieser «moderaten Reform» darum gehe, die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Baselland zu verbessern, schweizweit, aber vor allem auch im regionalen Umfeld der Kantone Aargau, Basel-Stadt und Solothurn.

Silvio Fareri, Präsident der Mitte-Partei, wies darauf hin, dass die letzte Reform schon 15 Jahre zurückliege. Bei den Vermögenssteuern liege das Baselbiet auf dem zweitletzten Platz. «Wir sorgen uns um das Steuersubstrat», so Fareri weiter. Denn die hohe Steuerlast könnte Menschen mit hohem Vermögen dazu veranlassen, in einen steuergünstigeren Kanton zu zügeln. Im Baselter zahlen 70 Prozent der Steuerpflichtigen keine Vermögenssteuer, «und 0,2 Prozent der

Vertreter der bürgerlichen Parteien stellten ihre Gründe für ein Ja zur Vermögenssteuerreform vor. Von links: Silvio Fareri (Die Mitte), Dominik Straumann (SVP), Ferdinand Pulver (FDP, vorne), Andreas Dürr (FDP) und Simon Oberbeck (Die Mitte).

Bild Thomas Immoos



Steuerpflichtigen zahlen 36 Prozent der Vermögenssteuer», was einem Betrag von 55 Millionen Franken entspricht, betonte der Mitte-Präsident.

## Stärkung in drei Schritten

Für den Parteipräsidenten der FDP, Ferdinand Pulver, geht es vor allem um eine Stärkung des Baselbiets in drei Schritten. In einem ersten Schritt werden die speziellen Steuerwerte für Wertschriften aufgehoben. Das entlaste nicht nur Anleger, sondern

reduziere auch den administrativen Aufwand für Banken, Behörden und Steuerpflichtige. Im zweiten Schritte wird der Mehrertrag, der aus Schritt 1 resultiert, durch die Senkung des Vermögenssteuer-Tarifs kompensiert sowie durch die Erhöhung der Freibeträge. Im dritten Schritte wird die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons gestärkt, indem die Vermögenssteuern «moderat gesenkt» werden.

Ähnlich sieht dies Dominik Straumann, der Präsident der SVP. Immer-

hin seien bereits 13 zuvor pauschal besteuerte Personen in einen günstigeren Kanton umgezogen, seitdem diese Möglichkeit weggefallen ist. Und in der Region seien Dornach, Magden, Möhlin oder Rheinfelden steuerlich attraktiver als das Baselbiet. «Jeder Wegzug eines guten Steuerzahlers wirkt sich auf die Schwächsten aus», führte Straumann aus. Denn dadurch verringere sich das Steueraufkommen.

Für Simon Oberbeck, Fraktionschef der Mitte im Landrat, habe sich

in der Debatte im Parlament gezeigt, dass das klassische Links-Rechts-Schema gespielt habe. Die Gegner der Vermögenssteuerreform lancierten eine Neiddebatte, aber, so Oberbeck weiter: «Reiche sind nicht per se schlechte Menschen.» Zudem handle es sich bei der Vorlage um einen guten Kompromiss, der nicht, wie von den Gegnern behauptet, über das Ziel hinaus schiesse.

Auch für den FDP-Fraktionschef Andreas Dürr betreiben die Gegner eine «ideologisch links-grüne Debatte». Es sei seltsam, wenn jene Mehrheit, die keine Vermögenssteuern zahle, den anderen vorschreibe, wie viel sie bezahlen müssen. Anders als die Gegner begrüßen die Bürgerlichen den Steuerwettbewerb unter den Kantonen. Denn dieser Wettbewerb sei die einzige Möglichkeit, die Steuerlast in den Griff zu bekommen. Für zahlreiche KMUs stelle die Vermögenssteuer eine zu hohe Belastung dar, vor allem dann, wenn es darum gehe, in einem Familienbetrieb den Generationenwechsel zu vollziehen. Und auch für die Ansiedlung neuer Firmen sei die Steuerlast ein wichtiges Kriterium, betonte Dürr weiter.

Die Bürgerlichen räumten zwar ein, dass es sich um eine sehr technische Vorlage handle, zeigten sich aber zuversichtlich, dass die Stimmberechtigten der Reform zustimmen.